

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1909

45 (25.2.1909) 2. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

<p>Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2,70. In der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 60 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,35, durch den Briefträger ins Haus gebracht, 2,67 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 535.</p>	<p>Beilagen: Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Sterne und Blumen“. Zweimal wöchentlich: das diesseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familiensinn“.</p>	<p>Fernsprecher Nr. 535.</p>	<p>Anzeigen: Die sechspaltige Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Resten 60 Pfg. Kolonialanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechende Rabatte. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an. Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden). Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.</p>	
<p>Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.</p>		<p>Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Redaktion: Dr. Theodor Reber; für Ausland, Nachrichtenbericht und den allgemeinen Teil: Franz W. G. G. G.; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.</p>		<p>Verantwortlich für Anzeigen und Resten: Hermann Wähler in Karlsruhe.</p>	

Die Reichsbesitzsteuer.

Das Dunkel der vertraulichen Kommission beginnt sich zu lichten und die Besitzsteuer tritt als neu-erfundene Göttin in die Steuerkommission des Reichstages, um die Guldungen der Parteien entgegenzunehmen. Doch bei dem hohen Bedarf der Reichsregierung ist es fraglich, ob die Reichsbesitzsteuer nicht alles tragen kann, ist klar; der Besitz muß herangezogen werden; darüber herrscht in allen Kreisen Übereinstimmung. Nur konnte der Weg, auf dem eine Mehrheit sich finden sollte, nicht gezeigt werden. Die Reichsbesitzsteuer ist das Ideal der Sozialdemokraten; für die Reichsbesitzsteuer erklärt sich der Liberalismus; für die Reichsbesitzsteuer sind nur die Freirepublikaner und die Sozialdemokraten. Gegen jede direkte Reichssteuer sprachen sich Konserver und Zentrum aus; erstere wollten durch erhöhte Matrikularbeiträge den Besitz treffen; das Zentrum behielt sich alles vor. In der Presse beider Parteien aber wurden u. a. als Besitzsteuer auch genannt die Dividendensteuer, Sponsorensteuer und die Bankensparsteuer; die Fraktionen als solche legten sich nicht fest und sie taten klug daran.

Die Subkommission der Steuerkommission sollte wohl die Reichsbesitzsteuer beraten, aber sie kam nicht zum Ziele; als dann in der Steuerkommission selbst die Reichsbesitzsteuer für Kinder und Ehegatten mit 2 gegen 6 Stimmen abgelehnt worden war, stand fest, daß die Reichsbesitzsteuer ausfallen mußte. Jetzt war in der Subkommission der Weg frei für eine anderweitige Besteuerung des Besitzes. Eine Reihe von Vorschlägen wurde unterbreitet; am Schluß aber blieb folgender im Mittelpunkt der Debatte stehen: Für die Zeit vom 1. April 1909 bis zum 1. April 1914 ist von den Bundesstaaten eine Reichsbesitzsteuer nach folgenden Grundätzen einzuführen und zu erheben: 1. Das Gesamtvermögen aller Angehörigen der Bundesstaaten, mit Ausnahme des Landesherren und der Landesherren, soweit dasselbe den Betrag von 900 Mk. übersteigt, ist festzusetzen. 2. Diejenigen Staaten, welche eine Einkommensteuer nicht besitzen, werden mit einem Betrag zu dieser Steuer herangezogen, welcher den Durchschnittsbetrag in den anderen Staaten auf den Kopf der Bevölkerung entspricht. 3. Der durch diese Steuer von den Bundesstaaten aufzubringende Höchstbetrag wird auf 142 Mill. Mk. abzüglich des Ertrages aus der Fahrartensteuer (20 Mill. Mk.) und abzüglich der Erträge aus der Erhöhung der bestehenden Erbschaftsteuer durch die Veranlagung festgesetzt. 4. Die jährlich zu erhebende Quote wird durch den Reichshaushaushalt bestimmt. 5. Die Bundesstaaten sind verpflichtet, die auf sie entfallenden Steuerbeiträge als Zuschläge zu den bei ihnen bestehenden Besitzsteuern (Vermögenssteuer, Einkommensteuer) zu erheben und vierteljährlich nach näherer Anweisung des Bundesrates an das Reich abzuführen. 6. Bis zum 1. April 1912 ist ein Gesetzentwurf dem Reichstag vorzulegen, durch welchen eine in der Ausführung den Einzelstaaten zu überlassende Besteuerung des Besitzes für Reichszwecke erzielt wird.

Ziel wird. — Im Falle der Ablehnung der Ziffer 1 und 2 dieselben durch folgende Bestimmungen zu ersetzen: 1. Das Gesamtvermögen aller Angehörigen der Bundesstaaten, mit Ausnahme des Landesherren und der Landesherren, soweit dasselbe den Betrag von 20000 Mk. übersteigt, ist festzusetzen. 2. Diejenigen Staaten, in denen eine den beweglichen und unbeweglichen Besitz umfassende Vermögenssteuer nicht vorhanden ist, werden mit demjenigen Betrag zu dieser Steuer herangezogen, welcher dem Durchschnittsbetrag in den anderen Staaten auf den Kopf der Bevölkerung entspricht.

Die Bundesstaaten sollten eine Reichssteuer einführen und 1912 sollte ein Reichsgesetz eine Art Vermögenssteuer schaffen, von der kein Mensch sagen konnte, ob dieses Annahme findet oder nicht. Die Frage, ob das Einkommen oder das Vermögen zugrunde gelegt werden sollte, blieb offen. Dann wollte der Antrag die Höhe der Reichssteuer durch die Verfassung festlegen, so daß 14 Stimmen im Bundesrat genügt, um jede Erhöhung zu verhindern; der Besitz sollte demnach gesichert werden, während der Konsum einen entsprechenden Schutz nicht erfahren hätte. Diese und andere Einwürfe waren nicht unbegründet und so stand man wieder vor der Gefahr, daß keine Mehrheit geschaffen werden würde, und daß die Form nicht gefunden werden könnte, die den Besitz treffen sollte.

In dieser Stunde der Not machte nun das Zentrum seinen Gegenvorschlag, der sich im allgemeinen auf folgender Linie bewegt:

1. An Stelle der Matrikularbeiträge tritt eine Besitzsteuer.
2. Diese darf im Gesamtresultat von 1909—1913 im Jahre die Summe von 150 Mill. Mk. nicht übersteigen; der Etat legt jährlich fest, wie hoch der zu erhebende Betrag ist.
3. Der von den Bundesstaaten zu zahlende Betrag richtet sich nach dem nach einseitigen Grundätzen zu ermittelnden reinen Vermögensstand der Bevölkerung eines Landes.
4. Vermögen unter 20000 Mk. bleiben bei dieser Ermittlung wie bei der Erhebung der Steuer außer Betracht.

Diese vier Grundätze bezeichnete die Regierung als die erste Vorbedingung für die gebotene Verabreichung. Diese Vorbedingung des Zentrums hat folgende Vorteile:

1. Sie trifft den Besitz, ohne daß eine direkte Reichssteuer geboten ist.
2. Sie legt fest, daß der Besitz im Höchstbetrag 150 Mill. Mk. zu zahlen hat und schafft gleichzeitig den beweglichen Faktor im Reichshaushalt. Ob der Höchstbetrag richtig gewählt ist und die vorübergehende Bindung durchführbar ist, muß erst geprüft werden.
3. Sie bringt die Berechtigung der Matrikularbeiträge und schafft damit einen gerechten Ausgleich.
4. Der kleine Besitz wird gesichert und nicht höher belastet.

So finden wir hier das alte Zentrumprogramm

wieder. Die Fraktion ist auch im gegebenen Moment mit diesem hervorgetreten. Wenn jetzt die Verabreichung wieder scheitern sollte, kann man auf das Zentrum seinen Stein werfen.

Die Gesellschaft für Soziale Reform.

Die Gesellschaft für Soziale Reform, die ein Sammelpunkt aller für eine fortschrittliche soziale Reform eintretenden Kreise Deutschlands sein will, veröffentlichte in der Einladung zu ihrer am 4. bis 5. März zu Frankfurt a. M. stattfindenden Generalversammlung ihren Tätigkeitsbericht, der von einer intensiven Wirksamkeit im Sinne der Vereinsaufgabe lebhaftes Zeugnis ablegt. Mit Befriedigung kann die Gesellschaft heute sowohl auf ihre äußere wie innere Entwicklung zurückblicken. Was die letztere anbelangt, so weist die Mitgliederzahl eine steigende Zunahme auf. Insgesamt betrug sie jetzt 1696, wovon 1507 Einzel- und 189 korporative Mitglieder sind. Von letzteren sind öffentliche Selbstbehörden (Städte- und Staatsstellen, Stadtverwaltungen) 31; Unternehmerorganisationen 14; Arbeitnehmerorganisationen 109; politische Vereine 17; gemeinnützige Vereine 18. Was insbesondere die Arbeitnehmerorganisationen anbelangt, so sind der Gesellschaft durch ihre Zentralen oder durch Einzelvereine angeschlossene: Gewerliche Lohnarbeiter (Christliche Gewerkschaften, Deutsche Gewerkschaften (S.-D.), evangelische und katholische Arbeitervereine) mit rund 650.000 Mitgliedern; kaufmännische und technisch-industrielle Angestellte (Handlungsgehilfenverbände, Werksmeister, Techniker, Steiger, Bankbeamten, Bureauangestellten-Vereine) mit rund 570.000 Mitgliedern; Angestellte und Arbeiter in Metzgerei- und Staatsbetrieben (Eisenbahner, Post- und Telegraphenbeamte usw.) mit rund 110.000 Mitgliedern. Der Gesellschaft für Soziale Reform gehören somit rund 1 1/2 Millionen Arbeiter und Angestellte an. Auch hinsichtlich der Propaganda für ihre Ziele kann die Gesellschaft für Soziale Reform konstatieren, daß dieselbe in den letzten Jahren von wachsenden Erfolgen begleitet gewesen ist. „Heute“, so heißt es da mit berechtigter Genugtuung, „stehen wir mitten in eifriger sozialpolitischer Tätigkeit; neben der unermüdeten Entfaltung der freien Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und der fortwährenden Entwicklung einer Bindung der Arbeitsverhältnisse durch Arbeitsvertragsgesetze sehen wir eine Fülle geistiger Aufgaben, deren Lösung von Regierungen und Parlamenten, im Reich wie in den Einzelstaaten, betrieben wird, und zwar auf allen Gebieten der Sozialreform, dem Arbeiterrecht, der Sozialversicherung, dem Arbeitsrecht, der Mittelstandsfürsorge.“ Die Gesellschaft für Soziale Reform, die nunmehr auf ihre achtjährige Bestehen zurückblicken kann, wird sich ihren Aufgaben auch in Zukunft mit um so größerem Eifer und Erfolg widmen können, als sie sich dabei von einem möglichst großen Mitgliederkreis getragen weiß. Von diesem Gesichtspunkt aus sei auch an dieser Stelle der Beitritt zu derselben (Mündelbeitrag 3 Mark; Sekretariat Berlin W. 30, Nollendorfstraße 29/30) warm empfohlen!

Deutscher Reichstag.

(210. Sitzung.)
Hd. Berlin, 24. Febr. 1909.

Beginn der Sitzung 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Etat für den Rechnungshof. Die Kommission beantragt hierzu eine Resolution betreffend Vereinfachung der gesamten Rechnungslegung. Der Referent, Abg. Raden, berichtet ausführlich über die Verhandlungen der Kommission. Diese sei einmütig der Ansicht gewesen, daß die Vereinfachung eines selbständigen Rechnungshofes für das deutsche Reich wünschenswert sei. Eine mehr kaufmännische Methode bei der Kontrolle der Rechnungen sei geboten.

Abg. Erzberger (Ztr.) erklärt, daß seine Vertreter des Rechnungshofes in der Kommission wünschenswerte Anregungen zur Vereinfachung der Rechnungs-kontrolle gegeben habe.

Abg. Wagner (Kons.) erklärt, daß seine Freunde der Resolution zustimmen würden. Der Etat des Rechnungshofes wird sodann genehmigt und die Resolution angenommen.

In dritter Lesung wird die Postdampfer-Subventionsvorlage debattiert, ebenso die Vorlage betreffend Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte. Es folgen dann noch einige Rechnungs-vorlagen, allgemeine Rechnungen und Nebenrechnungen über Einnahmen und Ausgaben. — Bei der zweiten Beratung der Heberfisch von Kiau-Tschou pro 1906 beantragt der Referent der Kommission, die Heberfisch durch Kenntnisnahme für erloschen zu erklären.

Ein Antrag Erzberger will hinzuzufügen: vorbehaltlich der sich etwa seitens des Rechnungshofes ergebenden Ermäuerungen.

Abg. Erzberger (Ztr.) betont, wenn nicht die Rechnungs-kontrolle eine sehr strenge sei, werde das Heberfisch von Statüberrechnungen niemals aufhören. Er hoffe, daß die Rechnungs-kommission nicht auf ihrem Antrag bestehen werde. Ganz außerordentlich hoch, zum Teil bis zu 50 Prozent des Voranschlags, seien bei dieser Heberfisch für Kiau-Tschou die Mehrausgaben. Das Parlament doch unmöglich unvorhergesehene Ausgaben sein. Der Etat sei dazu da, eingehalten zu werden. Der Gouverneur von Kiau-Tschou dürfe nicht nach Belieben wirtschaften.

Abg. Grosse (natl.) bemerkt, die meisten Bemängelungen des Vorrechens seien in der Kommission schon geprüft worden. Wenn die Kommission trotzdem zu ihrem Antrag gekommen sei, so liegt das daran, daß trotz alledem der Etat im ganzen noch mit einem Heberfisch abschließe.

Ein Kommissar des Marineamts, Korvetten-Kapitän Wrennmann, legt unter Hinweis auf die analogen Verhältnisse in Hongkong dar, daß die Vollaufkosten für Kiau-Tschou wenn auch hoch, so doch nicht übermäßig hoch gewesen seien. Sie seien niedriger als in Hongkong. Auch der bemängelte Mehrverbrauch an Munition rechtfertige sich durch besondere Umstände.

Hierauf wird der Antrag der Kommission mit dem Zusatz Erzberger angenommen.

Bei der zweiten Beratung der Rechnungen für die afrikanischen Schutzgebiete pro 1896/97 weist Abg. Erzberger (Ztr.) darauf hin, daß nach den Mitteilungen in der Kommission namentlich in Ostafrika damals anheimelnd geradezu märchenhaft gewirtschaftet worden sei. Ministerialdirektor Gange erwidert, auch das Kolonialamt erlerne durchaus die Notwendigkeit der Rechnungs-führung und des Rechnungshofes als verbindlich.

Bernhard von der Eiche.

Roman von Baronin Gabriele von Schlippenbach.
Nachdruck verboten.
(Fortsetzung.)

Bernhard fühlte sich nur halb bemüht und beschloß, ohne daß die Schwester es wußte, Erkundigungen über Wanda einzuziehen. Was er erfuhr, war dazu geeignet, Heras zukünftigen Mann herzlich in der Familie willkommen zu heißen. Er galt als ein solider, ehrenwerter Charakter und guter Landwirt; man kannte ihn als hilfsbereit und lobte seine vornehme Gesinnung. Bernhard fühlte sich über das Schicksal seiner älteren Schwester beruhigt. Wegen der Trauer sollte die Hochzeit nicht gleich stattfinden. Die wenigen Wochen bis dahin zog Heras zu einer Tante, einer Nichte ihrer verstorbenen Mutter, deren Räte sie war. Derselbe Tante versprach auch, für die Aussteuer zu sorgen.

Bernhard fragte die Schwester, ob sie nicht einige der allerdings stark verbrauchten Möbel aus dem Elternhause für die eigene Hauslichkeit mitzunehmen wüßte, aber mit Ausnahme der beiden großen Photographien von Vater und Mutter wollte die zukünftige Herrin von Schloß Wandenbagen nichts haben. Sie wußte, daß ihr neues Heim mit allem Luxus, der durch den Reichtum herbeigeführt werden kann, ausgestattet war, und sie hatte die Absicht, das etwa noch Fehlende ganz nach ihrem künstlerischen Geschmack zu wägen. Vor allem mußte sie ein ideales Atelier mit Draperien, farbigen Hellen und antiken Kunststücken besitzen, einen kleinen Erker für ihren verstorbenen Vater, nach Mänteln zu gehen. Und wenn es schließlich allzu öde, allzu langweilig auf dem Lande, an der Seite Wandens wurde, nun so wollte sie es ihm schon abwidern, sie auf ein Jahr auf die Akademie zu schicken.

Es blieb Bernhard noch die Sorge für Ines. Herr hätte er sie schon jetzt zu sich genommen, aber sie war noch zu jung und hatte selbst den Wunsch, etwas zu lernen.

„Weißt Du, Gerd, was ich möchte,“ sagte sie, „ich möchte auf ein Jahr zu Oberförsters, um dort gründlich die Wirtschaft zu erlernen. Die Frau Oberförsterin krause nimmt junge Mädchen in Pension und mit der Tochter Luise bin ich sehr befreundet. Sie ist ein Jahr älter als ich, wir haben in Wiedenau die Schute besucht und ich liebe sie wie eine Schwester.“

„Der Plan ist nicht übel, Kleines, meine Bernhard nachdenklich, aber ich möchte auch, daß Du noch etwas nebenbei lernst, und Dich besonders im Klavierspiel vervollkommnest; Du spielst ja recht nett.“

„Ich kann ja zweimal in der Woche von der Forstlei hierher zu einem Musiklehrer kommen, wie Du weißt, ist es ein kleiner Weg und eine tüchtige Lehrerin unterrichtet die jüngeren Geschwister meiner Luise. Hast Du sie nicht am Wiederkehrtag des lieben Papa bemerkt, Gerd?“

„Nein, Kleines,“ entgegnete Bernhard.

„Du mußt Luise kennen lernen!“ rief Ines enthusiastisch. „Sie würde Dir gefallen. Sie wirkt wohlwollend in ihrer stillen weiblichen Art und weißt Du, sie interessiert sich sehr für Dich, ich muß ihr immer von Dir erzählen. Dein Bild gefällt ihr außerordentlich. Sie meinte, Du lähest gut und flug aus.“

„Sehr schmeichelhaft,“ dachte Bernhard, „die Meinung eines Pächters ist mir recht gleichgültig.“

Etwas mehr als eine Stunde von Wiedenau entfernt lag die Oberforstlei. Das schmale, weißgetünchelte Haus mit den grünen Jalousien und dem starken Elchgeweih über der Eingangstür wurde von mächtigen Bäumen beschattet. Unter ihren breiten Wipfeln leuchtete das rote Ziegeldach. Schon in der dritten Generation waren die Straußes hier als Förster sesshaft, und der älteste Sohn des Ehepaars beschäftigte ebenfalls, sich derselben Karriere zu widmen. Er war in Tharand auf der Forstakademie, ein junges, frisches Jägerblut von 22 Jahren. Eine ganze Reihe von Kindern folgte ihm. Die älteste

Tochter war schon verheiratet, dann kam Luise, die Freundin von Ines, und noch vier jüngere Brüder und Schwestern. Bei einer so großen Familie reichte das immerhin recht gute Einkommen des Vaters nicht. Seine brave, praktische Frau sah es ein, deshalb suchte auch sie zu verdienen. Sie kam auf den glücklichen Gedanken, eine Koch- und Wirtschaftsschule einzurichten; mehr als sechs junge Mädchen nahm sie nicht an. Gegen eine nicht sehr hohe Pension wählte Frau Emma Krause sie in die Geheimnisse der Küche, des Einmachens der Früchte und Beeren, in die Gartenpflege und große Wäsche, in das Bügeln, Nähen und Ausbessern ein. So manche ihrer Jüglinge waren schon verheiratet und standen dem eigenen Haushalt munterzünftig vor; andere hatten Stellen angenommen. Die Einnahmen aus der Forstlei waren so tüchtig, daß jeder sich glücklich pries, sie bei sich anzustellen. Das Haus war geräumig, so daß alle bei kranken Mäh hatten. Je zwei und zwei wohnten die jungen Mädchen in den einfachen, weißangestrichenen Manjarden zusammen. Man verrichtete die aufgetragene Arbeit fröhlich. Nie sah man mühselige Gesichter, wohl aber hörte man oft helles, jugendliches Lachen und muntere Sätzchen.

„Tante Emma,“ so nannten die Wirtschaftselben die Frau Oberförsterin, verlangte nicht wenig, sie war selbst noch frisch und leistungsfähig. Sie griff alles am rechten Ende an. Tante Emma war wie eine Mutter für die jungen Mädchen. Manche Waise stand unter ihrer Obhut und kam traurig und gebückt in das weiße Haus, aber es dauerte nicht lange, so hellten sich die Augen auf. Man mußte sich glücklich und heimlich fühlen bei Tante Emma. Sie verstand die Charaktere je nach ihrer Eigenart zu nehmen und erzieherisch einzuwirken. Bei der tüchtigen Lehrerin der jüngeren Töchter konnten wissenschaftliche Sprachstunden genommen werden, die Abende frönten durch harmlose Geselligkeit die arbeitsreichen Tage.

Ines und Luise waren schon seit Jahren eng befreundet. Seit der Major in Wiedenau lebte, hatten sich die beiden Mädchen häufig gesehen, denn ehe sein Vichthoden es ihm verbot, war Eiche oft zur Jagd in die Forstlei gekommen. Er hatte sein Töchterchen mitgebracht, oder Luise war dazwischen zum Besuch nach Wiedenau gekommen; gerade durch den Wald führte sich der Weg fast um die Hälfte ab.

Seute schritten Bruder und Schwester nebeneinander auf dem schmalen, mit braunen Tannennadeln bestreuten Weg. Es war ein stiller Tag, noch sommerlich warm, ohne drückende Schwüle. Der würzige Duft des Nadelholzes mischte sich mit dem der feuchten Erde, es hatte in der Nacht geregnet. Wie Edelsteine glitzerten Millionen von Tropfen an den Ästen, und auf dem grünen Moossteppich. Eine wilde Laube quarte im Walde und stülpte sich über die eifigen Baumstämme empor. Bernhard hatte den Strohhut abgenommen. Er fuhr sich mit der Hand durch das lockige blondhaar und atmete tief und wohligh die balsamische Luft ein. Auch Ines schweig. Ihre schlante Gestalt schmiegte sich an den Bruder; sie dachte an den Abschied und an den ersten Lebensabschnitt. Wie wie schon dachte sie es sich, wenn sie im Haushalt bewandert war, dem geliebten Bruder ein gemittliches Heim zu schaffen, nur für ihn lebend, ihn beglückend bereidend, und selbst dadurch befriedigt, glücklich werdend.

„Sie künftige Schwester. O, wie lang war ein Jahr. Wie würde sie die Trennung ertragen? Gewiß liebte sie auch die Schwester, aber das ließ sich nicht mit dem tiefen, warmen Gefühl vergleichen, das sie für ihren Gerd begte.“

„Nun, Kleines, Du bist so still und gefenzt hast Du auch,“ sagte er.

Sie brach in Tränen aus und umarmte ihn. Dann sagte sie ihm ihren Kummer; er suchte sie zu trösten.

(Fortsetzung folgt.)

toll an. Die vom Rechnungshof aufgestellten Grundzüge würden auch vom Kolonialamt als richtig angesehen. Das Kolonialamt werde bestrebt sein, darauf hinzuwirken, daß diese Grundzüge eingehalten werden.

Nach unbestimmter weiterer Debatte wird die Vorlage für erledigt erklärt.

Morgen 2 Uhr Initiationsanträge, zuerst der polnische Antrag wegen Freisetzung des Grundeigentumsverkehrs. Schluß nach 5 Uhr.

Hd. Berlin, 24. Febr. Die Budgetkommission des Reichstages hat heute über den Etat für Ostafrika beraten. Zur Vorbereitung des Postetats wurde eine Interkommission eingesetzt, die ihre Beratungen morgen beginnen wird.

Deutschland.

Berlin, 25. Februar 1909.

Personalmangel bei den Postämtern.

In der in Berlin erscheinenden „Deutschen Postzeitung“ vom 21. d. M. schreibt ein Postbeamter: „Der Postdienstverfall ist in vollem Gange. Ob die Verwaltung mit dieser Einrichtung ein gutes oder schlechtes Geschäft machen wird, darüber herrschen geteilte Ansichten. Die Kontenbücher mit großen Zahlungsverfehlern, besonders diejenigen, welche schon 600 Buchungen erreicht haben und nun für jede weitere Buchung 7 Pf. zahlen sollen, glauben, daß die Postverwaltung aus diesen Gebühren einen Erlös von vielen Millionen Mark erzielen wird. Demgegenüber scheint aber die Postverwaltung selber anderer Meinung zu sein. Das darf man behaupten, wenn man die Zurückhaltung berücksichtigt, welche verschiedene Oberpostdirektionen sich in der Bewilligung von Beamten für das Scheckamt auferlegen. Bei den Bezirksbehörden soll die Meinung vertreten worden sein, daß die Besetzung eines Scheckamts mit ein paar Beamten und einem Dutzend Beamtinnen ausreichend sein würde. Nun ist man sehr erstaunt, daß mit jeder beginnenden Woche ein Dutzend Beamte mehr verlangt werden müssen, daß dieses oft und oft erstarren an höchster Stelle auf den Amtsvorleser des Scheckamts nicht gerade ermunternd einwirkt und daß der Mangel an Personal gerade jetzt, wo der Verkehr wachsend um 15–20 Prozent zunimmt, auf die rechtzeitige und ordnungsgemäße Erledigung der Schecks und Ueberweisungen recht nachteilige Folgen haben kann, ist wohl einleuchtend. Man muß eben einen Unterschied machen zwischen einem gewöhnlichen Brief und einem Scheck bzw. einer Ueberweisung. Schon die verspätete Beförderung eines gewöhnlichen Briefes kann für Abnehmer oder Empfänger einen großen Verlust zur Folge haben. Ein wieviel größerer Schaden kann aber dem Scheckaussteller oder dem Zahlungsempfänger durch die verzögerte Erledigung eines Schecks über 10000 Mk. oder einer Ueberweisung von 100000 Mk. und mehr Mark entstehen. Wer den Scheckverkehr kennt, wird wissen, daß diese Zahlen nicht etwa gesucht sind, sondern daß Schecks von gleichen Beträgen täglich bei jedem Scheckamt eingehen. Welchen Eindruck muß außerdem eine mangelhafte und unzuverlässige Postverwaltung bei den Empfängern der Schecks auf das Publikum machen, das in vielen Fällen nur verständigweise dem Postamt die Schecks übergeben hat? Darf man sich da wundern, wenn die Leute mit Mündigung des Kontos drohen? Nur ein mustergetreuer Betrieb kann die Propaganda unterstützen, die in anerkannter Weise von verschiedenen Seiten mit Recht für den Postverkehr gemacht wird.“

Die Ursache dieser Unregelmäßigkeiten sieht der Verfasser des Artikels darin, daß von Anfang an zu wenig Personal vorhanden war, so daß nicht ordnungsgemäß gearbeitet, sondern nur gezwungen werden konnte. Man muß unbedingt Personal und vorliegende Arbeit in richtige zahlenmäßige Verhältnisse bringen.

Die Radolinche geht nun ihrem Ende zu; sie begann damit, daß man dem deutschen Votschaffer vorwarf, er habe die Kaiserdepeche in die Presse gebracht. Tatsache ist, daß der Kaiser ohne Chiffre telegraphierte, daß so das Ministerium in Paris von der Depeche Kenntnis erhielt und dann diese in den „Matin“ kam. Dieser ganz leicht erklärliche Vorgang wird aber von der „nationalen“ Presse zu einer ganz unbedeutenden Sache gegen den katholischen Fürsten Radolin benutzt. So schreiben die „Mündigen“ Radolin: „Nachrichten“ gar von einem „zweiten Fall Radolin“ und meinen: „Es ist tief zu beklagen, daß die Zurückhaltung, die der Kaiser seit dem 17. November v. J. im Interesse der Stetigkeit unserer Politik und der Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit sich selbst auferlegt hat, von anderen Leuten nicht respektiert wird, sondern daß man versucht, Kaiser und Kanzler gegeneinander auszuspielen. Diese Aktion wird in Paris Blättern geübt, aber sie wäre nicht möglich, wenn nicht deutsche Hände den Stoff dazu geliefert hätten. Es ist notorisch, daß zwischen der deutschen Votschaft und der Redaktion des „Matin“ Verbindungen bestehen, die nicht rein sachlicher, sondern auch persönlicher Natur sind. Wie weit diese in dem jetzigen besonderen Falle mitspielen, lassen wir einstweilen beiseite, aber wir können allgemein den Wunsch nicht unterdrücken, daß die Vertreter des deutschen Reiches im Ausland die stärkste Reserve gegen Blätter bewahren mögen, die aus der Feindschaft gegen Deutschland ein Gewerbe machen. In dem Falle des Fürsten Radolin ist diese Vorsicht doppelt am Platze, denn die verhandlungsmäßigen Beziehungen des Votschaffers zu politischen und schließlichen Zentrumsorganen haben ja schon oft Veranlassung gegeben, daß aus diesen Kreisen kein Name für die Nachfolge des Fürsten Billoew lanciert worden ist. Sollte Fürst Radolin selbst derartige Pläne hegen — was wir nicht glauben —, so müßte ihm eine derartige Indiskretion doppelt verfallen.“ Fürst Radolin denkt gar nicht daran, Kanzler werden zu wollen; aber da er vom Kaiser schon wiederholt ausgezeichnet worden ist, muß er gleich einer Reihe billowfreundlicher Blätter als Brügge dienen. Reine Seiten! Das stimmt ganz zu anderen Dingen, in welchen die liberale Presse zurzeit mit eifrigstem Parteinismus die Tatsachen meistert.

Ausland.

Frankreich.

Das Kaisertelegramm an den Fürsten Radolin. Unser Pariser Mitarbeiter schreibt uns: „Die Enthüllungen

des Pariser Morgenblattes „Le Matin“ anlässlich des deutsch-französischen Abkommens zur Marokkofrage haben in der deutschen Presse sehr viel Staub aufgewirbelt. Das mag ja vom innerpolitischen Standpunkt aus gerechtfertigt erscheinen. Außenpolitisch ist der gesamte Streit von höchst geringerer Bedeutung, so wenig, daß ihm die französische Presse von Bedeutung kaum einige Beachtung schenkt. Vielleicht leidet sie auch eine Art Taktgefühl, denn „man ist des Treibens müde.“ Für den „Matin“ ist die Angelegenheit selbstverständlich höchst willkommen. Das nach amerikanischem Muster organisierte Blatt ist in ihr eine prächtige Kasse. Es begnügt sich indes damit, die deutschen Pressstimmen per Draht ohne Kommentar in weitausläufigen Auszügen zu veröffentlichen. Es muß ihm ja zweifellos behagen, wenn ihm die Berliner „Post“ das Attribut „Das geleseste Blatt von Paris“ beilegt. Das Berliner Organ scheint über die Pariser Presseverhältnisse nicht sonderlich orientiert zu sein. Der „Matin“ ist, was die Tagesausgabe betrifft, von drei anderen Pariser Zeitungen weit überholt. Zudem setzt sich sein Lesepublikum der Großzahl nach aus Kreisen zusammen, die sich mit ernster Politik kaum befassen. Sie begnügen sich der raschen Information halber mit dem gut eingerichteten Depeschendienst und lassen sich als Verstreute die kleinsten Einzelheiten der „Großstadtchroniken“ im Bild und erzählend vorlegen.

Die Bedeutung des Blattes liegt nach den zwei unlängst verlorenen sensationellen Prozessen in seiner Kapitalkraft. Der eigentliche Besitzer, Herr Bunnau-Barilla, verfügt über das hübsche Einkommen von circa 40 Millionen Franken. Es ist bekannt, daß der deutsche Votschaffer in Paris, Fürst Radolin, und Herr Bunnau-Barilla auf ziemlich befreundetem Fuße stehen. Diejenige Umstand ist es auch zu verdanken, daß der „Matin“ seine deutschfeindliche Tendenz von selber gänzlich abgestreift hat. Vielleicht bildet er auch den Schlüssel zu der Frage: Wer hat die Depeche des Kaisers an den „Matin“ übermitteln? Ein Berliner Blatt nannte den Fürsten von Monaco. Das heißt man neben das Ziel schießen. Auch Fürst Radolin ist auschließlicher. In der Berliner Wilhelmstraße hat kein Monopol auf tatsächliche Ungeschichte Subalterne.

Man sprach von der Abberufung des deutschen Votschaffers in Paris. Ob der gegenwärtige Zeitpunkt für nach Abschluß des Marokkoertrags zu diesem Schritt geeignet ist, erscheint mehr als fraglich. Wenn die „Nationalg.“ (vermutlich im Interesse der Billoew'schen Politik) behauptet, die Franzosen halten nicht so sehr an der Personalität des Fürsten Radolin fest und eine weniger aristokratische Figur wäre besser an seinem Posten in der demokratischen Republik, besonders jetzt, da es geht, gegen den geplanten Zolltarif Stellung zu nehmen, so können wir uns diese Auffassung keineswegs aneignen. Sie widerspricht den Tatsachen. Der deutsche Votschaffer erweist sich im Gegenteil nicht allein in der deutschen Kolonie, sondern auch in französischen Kreisen großer Beliebtheit. Gegen den Zolltarif wird weder er, noch ein Nachfolger viel anrichten. Die wirksame Opposition kommt hier von anderwärts.

Baden.

Karlsruhe, 25. Februar 1909.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädig bemerken gefunden, dem Steuerinspektor Bernhard Greber in Bretten das Verdienstkreuz vom Jägerorden und dem Steuerbeamten Friedrich Müller in Freiburg die kleine goldene Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben gnädig gerührt, den Vorstand des Finanzamtes Hornberg, Finanzrat Georg Schmitt, auf sein untätigstes Verhalten bis zur Wiederberufung seiner Gesundheit und den Obersteuerkommissar Hermann Hög in Heidelberg auf sein untätigstes Verhalten wegen leidender Gesundheit unter Anerkennung seiner langjährigen treugetreuten Dienste in den Ansehnd zu verlesen.

Mit Entschiedenheit des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten wurden die Stationsverwalter Franz Gek in Großschauen und Karl Walter in Weinheim zu Entlassungskontrollen ernannt.

Das Groß. Ministerium des Innern hat den Ingenieurpraktikanten Joseph Berg von Seebach aufgrund der ihm mit überhöhter Staatsministerial-Entschädigung vom 30. Sept. 1908 erteilten Ermächtigung zum Regierungsbaumeister ernannt.

Mit Entschiedenheit Groß. Ministeriums der Finanzen wurden in gleicher Eigenhaft verlegt die Finanzamtswärter Ernst Kaiser beim Hauptsteueramt Pforzheim zum Hauptzolam Mannheim und Joseph Amberger beim Hauptsteueramt Säckingen zum Hauptsteueramt Pforzheim; ferner wurden die Forstamtswärter G. W. in Gernsbach als 2. Beamter zum Forstamt II in Forbach und Schaefer in Gernsbach als 2. Beamter zum Forstamt Kirchzarten verlegt.

Ein blindleidenschaftlicher Jörneseberg mit Denunziation.

Der „Gegauer Erzähler“ hat in Nr. 44 einer Leistung Aufnahme gewährt, welche niedriger gehalten zu werden verdient. Sie ist aus Zimmendingen datiert und richtet sich gegen einen Beamten in Zimmendingen. Derselbe hat sich etwas ganz Schlimmes zu Schulden kommen lassen und das Donauverleger Zentrumblatt hat ohne alle Scheu von seiner Intat erzählt, ohne ein Wort der Mißbilligung zu finden. In Kirchen ist die Intat am 14. Februar verübt worden. Der „Donau-Vote“ hat in Nr. 40 vom 19. Februar darüber erzählt:

„Nach einigen einleitenden Worten von Seiten des Ortsgerichtlichen, nahm Herr Radnerwörter Hauser das Wort, um in klaren, die Zuhörer fesselnden Worten die Verhältnisse des Glaubens darzulegen. Durch die eingehenden Beispiele gewann der Vortrag sehr an Lebendigkeit. Zum Schluß wies er darauf hin, wie man seinen Glauben auch praktisch betätigen müsse und für einen katholischen Mann behalte diese Betätigung u. a. auch darin, daß er eine katholische Zeitung halte und nicht auf die höre, die neuerdings einem demokratischen Vatte Eingang in dieser Gemeinde zu verschaffen suchten. Ihr katolischen Männer von Kirchen, seid eurer Aufgabe bewußt, und sucht sie mit allem Ernst zu lösen!“

Ob die im Schlußabsatz enthaltene Aufforderung vom Redner ausgesprochen oder vom Artikelredakteur eingefügt wurde, ist zweifelhaft, andererseits aber auch belanglos.

Es wird nicht viele Leute geben, welche in diesem Auftreten etwas Unzulässiges oder Unangenehmes finden. Anhängern der engergelegten Richtung mag es unerwünscht sein. Allein das gibt ihnen noch kein Recht zur Verleumdung und auch keinen Grund zu Unschuldigungen. Das scheint nicht alle Leute begreifen zu wollen. Zu diesen Leuten von schwerfälligem Begriffswesen gehört anscheinend auch der Gewährungsmann des „Gegauer Erzählers“. Mit Verurteilung auf den Bericht im „Donau-Vote“ teilt er kurz mit, was Bahnverwalter Hauser

von Zimmendingen in Kirchen gesprochen hat und bemerkt dann folgend:

„Ganz allgemein gesprochen, meinen wir, daß der Herr Bahnverwalter das Empfinden gewisser Zeitungen ruhig den Zeitungen selbst überlassen kann und daß es ihm weder als Vorkämpfer noch als Vorkämpfer gut ansteht, wenn er anderen Leuten vorreden will, was sie lesen sollen und was nicht und wenn er dabei die Religion als Deckmantel für seine Agitation benutz.“

„Uns „empfehlen“ macht der Mann im Handumdrehen „vorsprechen“. Das erinnert an ein Vorkommnis in der Kammer. Ein nationalliberaler Abgeordneter hatte einen Antrag unterbreitet und dann im Verlaufe der Debatte dagegen gesprochen. Ein Vorkämpfer ärgerte sich darüber und nagelte ihn fest. Zu seiner Verteidigung begann er dann also: „Der Herr Vorkämpfer hat mir überredet nachgewiesen.“ „Nachgewiesen“? rief jemand dazwischen. „Ja! nachgewiesen“, antwortete er, während von befreundeter Seite ihm zugeflüstert wurde: „Vorgelesen“. „Stellen Sie sich vor, er dann weiter: „über vorgelesen“; es wird gleich sein, wie man sagt.“ „Unter einem Sturm von Heiterkeit legte er dann keine Rede fort. Allem Anschein nach gehört der Gewährungsmann des „Gegauer Erz.“ auch zu denen, welche meinen: „es wird gleich sein, wie man sagt.“ So geschickte Leute wissen natürlich auch aus besien, was einem Politiker und Beamten „gut ansteht“ und was nicht. Zu den Weisheitsprüfungen gehört es auch, wenn jemand einen Redner eines katholischen Volksvereines, der den katholischen Männern das Vatten einer katholischen Zeitung empfiehlt, den Vorwurf macht, daß er „die Religion als Deckmantel für seine Agitation benutz.“

Von dieser Phrase ist es nur ein kleiner Schritt zu der weiteren:

„Es muß schiedlich um die Werkstätte einer Partei bestellt sein, wenn sie zu solchen Mitteln greifen muß.“

Der Herr schließt dann seinen Erzählung mit folgenden Sätzen:

„Juden ist es eine fonderbare Annahme, wenn ein Beamter, der sich vorübergehend auch einmal in Zimmendingen aufhält, auf den Land hinausgeht und erweichenden Männern erzählt, daß sie ihren katholischen Glauben von nun ab dadurch betätigen müßten, daß sie nun den Zentrumsboten von Donauverlegern lesen und anderen Blättern die Türe weisen. Uns wundert nur, daß sich selbstbestimmende Männer solche Angriffe auf ihre Gewissenhaftigkeit gefallen lassen, daß nicht einmal einer aufsteht und dem Bahnverwalter von Zimmendingen sagt: „Verehrter Herr, wir sind katholisch gewesen, bevor Sie nach Zimmendingen gekommen sind und lange bevor es in Donauverlegern ein Zentrumblatt gegeben hat; was wir sind, werden wir bleiben auch ohne Ihre Anpreisungen und Verdamnungen. Es interessiert uns nicht, was für Zeitungen Sie lesen, kümmern Sie sich also auch nicht um unsere Blätter.“

Ja! Ja! „Sonderbare Annahme!“ Es gibt offenbar selbst jetzt noch Leute, welche sich nicht davor scheuen können, daß selbst in Baden die Katholiken, welche zum Zentrum stehen, das ganz gleiche Recht haben, für ihre Sache, also auch für ihre Presse, Propaganda zu machen wie die Anhänger des Liberalismus. „Sonderbare Annahme!“ ist es noch jetzt in den Augen gewisser Liberaler, wenn neben Beamten, welche nach allen Richtungen hin für die Sache des Liberalismus agitieren, andere Beamte gleichfalls agitieren, aber für die Sache des Zentrums. Es wäre interessant zu wissen, ob der Reife und Gerechte des „Geg. Erz.“ wirklich in Zimmendingen wohnt und wie lange.

Lokales.

Karlsruhe, 25. Februar 1909.

Aus dem Hofbericht. Der Großherzog hörte gestern vormittag den Vortrag des Legationsrats Dr. Eyd. Hierauf mehrten sich mehrere Offiziere.

Nachmittags nahm der Großherzog die Vorträge der Geheimräte Dr. Freytag von Babo und Dr. Nicolai entgegen.

Deutscher Verein für Volkshygiene. (Ortsgruppe Karlsruhe.) Am Donnerstag, den 18. d. M., sprach im großen Nathansaal Herr Dr. med. Roemheld, Besitzer und Leiter des Sanatoriums Schloß Hornegg in Gundersheim a. N., über das Thema: „Blut und Blutgeheimnisse“. Von jeder hat man mit dem Begriff des Blutes die Vorstellung von etwas Geheimnisvollem verbunden. Nach dem Volksglauben galt das Blut als der Sitz des Lebens. Auch eine Reihe sprachlicher Verbindungen und Redewendungen deuten auf die mystische Auffassung hin, daß das Blutgeheimnis immer vom Tode habe. Die medizinische Wissenschaft hat nicht die Aufgabe, diesen mystischen Vorstellungen nachzugehen, sie untersucht vielmehr im streng biologischen Sinne die Bestandteile und die Geheimnisse des Blutes und versucht, letztere mit mythischen und chemischen Mitteln zu erklären.

Blut ist ein flüssiges Gewebe. In einer hellen, als Plasma oder Wasser bezeichneten Flüssigkeit schwimmen eine Reihe feiner Partikelchen, die roten Blutkörperchen, die weißen Blutkörperchen und die Blutplättchen. Aber diese Bestandteile, ihre Entziehung und ihre Beschaffenheit werden in dem ersten Teil des Vortrages unter Zuhilfenahme einzelner Zeichnungen besprochen, besonders wird auf den Blutkörperchen, den wichtigsten Bestandteil der roten Blutkörperchen hingewiesen, welcher der Träger des Sauerstoffes zwischen dem Blut und den Geweben einerseits und dem Blut und der eingeatmeten Luft andererseits ist.

Im zweiten Teil seines Vortrages besprach der Redner eine Reihe von Blutgeheimnissen, die sich an die einzelnen Blutbestandteile knüpfen. Die Blutplättchen sind eng verknüpft mit dem geheimnisvollen Vorgang der Blutgerinnung, über deren letzte Ursache wir auch heute noch nicht völlig im Klaren sind.

Auf Entzehrung der roten Blutkörperchen sind eine Reihe von schweren Krankheitsbildern zurück zu führen, deren Ursache man erst in den letzten Jahrzehnten gefunden hat, so die Malaria, das Wechselfieber, das auf dem Einbringen keimiger Lebewesen in die roten Blutkörperchen beruht, so die zahlreichen durch die sogenannten Blutgifte erzeugten schweren Erkrankungsfälle. Zu diesen Blutgiften gehört besonders das Malariagift, das sich im Kopfschmerz vorfindet und dadurch, daß es eine feste Verbindung mit dem Blutkörperchen einget, eine innere Entzündung hervorruft.

Ganz neue Gesichtspunkte für die Auffassung der Infektionskrankheiten und der Art und Weise, wie der Körper sich gegen das Eindringen von Krankheitskeimen schützt, hat man neuerdings gewonnen durch genauere Untersuchung der weißen Blutkörperchen und des Plasmas. Die weißen Blutkörperchen vermögen sich selbstständig im Körper fortzubewegen und die in der Blutbahn vorhandenen Krankheitskeime, die Bazillen, in sich aufzunehmen und zu fressen. In ähnlicher Weise vermag das Plasma, das die roten Blutkörperchen umgibt, die Bazillen abzugeben. Weiße Blutkörperchen und Plasma sind somit die wichtigsten Schutz- und Abwehrvorrichtungen des kranken Organismus im Kampf gegen die Krankheitskeime. Infolge einer unzureichenden Regenerationsvorrichtung vermag der Körper bei drohender und stattgehabter Infektion diese seine Schutztruppen vermehren; nur wenn die Zahl der bei einer

Krankheit in den Körper eingedrungenen Bazillen zu groß ist, vermögen die natürlichen Schutzvorrichtungen nicht mehr auszureichen und es tritt der Tod ein.

Mit der Erforschung des Serums beschäftigt sich eine ganz neu erscheinende Wissenschaft, die Serologie, die immer mehr geheimnisvolle Kräfte in der Blutflüssigkeit entdeckt hat. Die Lehre von der angeborenen und erworbenen Unempfänglichkeit gegen Krankheiten, die Schutzimpfung und Serumbehandlung bei Diphtherie und anderen Infektionskrankheiten, die Möglichkeit, sehr verdichtete Zuckersäfte u. S. Pflanzlich bei einem Menschen nachzuweisen, alles das sind Erfolge der Serologie. Neuerdings ist es auch gelungen, im Serum jeder Tierart und auch des Menschen einen Eiweißstoff zu finden, der einzig und allein für diese Tierart bzw. für den Menschen charakteristisch ist und noch in hunderttausendfachen Verdünnung nachgewiesen werden kann.

So haben die Forschungsergebnisse der Serologie nicht nur ein theoretisches Interesse, sondern auch eine eminent praktische Bedeutung für den Nachweis von Blut in der gerichtlichen Medizin, für die Behandlung der Diphtherie und anderen Infektionskrankheiten.

Zweifellos aber stehen wir erst am Anfang der Erforschung der geheimnisvollen Kräfte des Blutes. Immer wieder werden neue Entdeckungen auf diesem Gebiete gemacht, und mit besonderem Erfolg muß es uns erfüllen, daß es besonders deutsche Gelehrte sind, denen wir diese Entdeckungen verdanken.

So hat das, was das Volksgewissen von jeher von dem Blutgeheimnis ahnte, sich bis zu einem gewissen Grade, wenn auch in anderer Form, bestätigt.

X. Fleischverwertung im Jahre 1908. In den Viehmärkten im hiesigen Viehstall wurden 7925 (1907: 7342) Stück Großvieh, darunter 2192 (2096) Ochsen, 1679 (1900) Kühe, 2339 (2103) Rinder, 1745 (1243) Ferkel und 65 579 (65 615) Stück Kleinvieh, darunter 17 227 (15 822) Schafe und 48 341 (49 428) Schweine aufgetrieben. Geachtet wurden 11 431 (11 226) Stück Großvieh, darunter 4021 (4119) Ochsen, 2433 (2976) Kühe, 2285 (2551) Rinder, 2152 (1581) Ferkel und 69 086 (67 338) Stück Kleinvieh, darunter 21 553 (20 123) Schafe und 40 641 (41 715) Schweine. Außerdem wurden noch 1 071 419 (860 249) Stk. Fleisch eingeführt. Die Vieh- und Fleischpreise gestalteten sich im Jahresdurchschnitt folgendermaßen: Es wurde bezogen pro Hund Schlachtgewicht für Ochsen 76,8–82,3 Pf., (80,8–85,3 Pf.), Kühe 64,5–66,6 Pf., (57,7–63,9 Pf.), Rinder 77,8–81,3 Pf., (80,8–84 Pf.), Ferkel 67–71 Pf., (71,2–76,3 Pf.), Schafe 81,8–90,6 Pf., (84–94,3 Pf.) und Schweine 64–68,3 Pf., (62,5–65 Pf.), während sich nach der Annahme der Regierung das Fleisch pro Hund im Verkauf wie folgt stellte: Ochsenfleisch 84–88 Pf., (84–88 Pf.), Rindfleisch 80–84 Pf., (80–84 Pf.), Schaffleisch 57–64 Pf., (58–63 Pf.), Kalbfleisch 83–89 Pf., (85–89 Pf.) und Schweinefleisch 73–82 Pf., (76–82 Pf.).

Handel und Verkehr.

Paris-ant., 24. Febr. (Fleischpreise auf der Fleischbank des Radebeimerles.) Anwesend waren 25 Fleischhändler, welche vorzuzieh: Das Stückfleisch zu 50–60, Rindfleisch 76–80, Schweinefleisch 80–90, Kalbfleisch 80–86, Hammelfleisch 70–90 Pf. das Pfund. Karpreis in der Zeit v. 21. Febr. bis 24. Febr. Rindfleisch: 500 Gr. Ochsenfleisch — 82, Misch (Schaf) — 78, Hammel — 80, Schweinefleisch — 85, Hammelfleisch 110, Kalb — 83, 60 Gramm Fleisch 20, 1400 Gramm Schweinefleisch 46 Pf. 1 kilo Fleisch 40, Schweinefleisch 40 Pf., 1 kilo Erbsen — 50, Bohnen — 40, Linsen — 40 Pf., 1 kilo Hammelfleisch — 60, Gerste 50, Gerste 40 Pf., 50 Kilogramm Kartoffeln 3.— Pf., 500 Gramm Butter 1.15 Pf., Rindfleisch — 87, Mischfleisch 1.85, 1 Liter Milch 20, 6 Eier — 66, 1 Liter laueres Rahm 80 Pf., Schweinefleisch 1 Kiloer Badbudenholz 60 Pf., Tannenholz 50 Pf., 30 kilo Holz 3.70 Pf., 50 kilo Holz 2.60 Pf., Fische: 500 Gr. Wei 1.20, Fische 1.20, Breiten 60, Milche 60, Karpfen 1.20, Schleihe 1.30, Neunaugen 40, Koriander —, Pfeffer 1.40, Karben 75.

Mannheim, 24. Febr. (Eisen- und Stahlmarkt.) Die Umsätze erfordern sich heute auf Ludwigsburger Altkohlenbräunerei-Allien zu 225 Proz. und Südb. Kahlwälder-Allien zu 118.25 Proz. Sonstige bemerkenswerte Veränderungen sind nicht zu verzeichnen.

Frankfurt a. M., 24. Febr. (Schiffahrt 1 Uhr 45 Min.) Schiffahrt: Mannheim 160.25, Köln 160.75, Koblenz 20.50, Bonn 81.25, Rhein 85.25, Rheinh. 21/4, 3 s, Rhein-Niederrhein 96.20, 3 s, Deutscher Rheinhafen 86.65, 3 s, Rheinische Rheinhafen 96.20, Deutscher Rheinhafen 97.85, Rheinische Rheinhafen 97.60, 3 s, Barmen, 1 s, Koblenz 132.30, Rheinh. Rheinhafen 243.30, Deutscher Rheinhafen 108.50, Rhein. Rheinhafen 136.—, Rhein. Rheinhafen 195.—, Lütten 140.—, 3 s, 1 s, 1 s, abgeh. —, 3 s, 1 s, Rhein in Wert —, 3 s, 1 s, do. 1900 —, 3 s, do. 1896 —, Bad. Rheinhafen 135.50, Schwanau 118.—, Rhein-Niederrhein 194.—, Hamburg-Amerika 115.50, Norddeutscher Lloyd 91.10.

Konurse in Baden.

Eberbach. Müller Friedrich Kopp jun. M. T. 1. April, B. T. 14. April.

Radolfzell. Habelsmann Markus B. G. M. T. 6. April, B. T. 24. April.

Karlsruher Ständebuch-Anzüge.

Todesfälle: 23. Febr. Schmid, alt 1 Monat, Vater Ernst Lode, Hausdiener. — 24. Febr. Hermann, alt 1 Jahr 3 Monate 5 Tage, Vater Adam Essener, Rangierer.

Groß. Hoftheater.

Donnerstag, 25. Febr. Abf. C. 41. Komödie: Vorstellung: „Woh dem, der lügt, Schauspiel in 5 A. von Grillparzer. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

St. Vincentiusverein Karlsruhe. Männerkonferenzen. Bitte!

Infolge vielseitiger Anforderungen an unsere Mitglieder kammer ist unter Vorrat an getragenen Männern u. anderen Mitgliedern, Spenden und Unterleihen sowie Fußbedeckung erschöpft und wird um Ueberlassung solcher Hülfsmittel gebeten.

Der Präsident des örtl. Verwaltungsrates
H. Flint.

Es wollen derartige Gegenstände für den Bereich der Liebenaukirche bei St. B. Dinger, Wölbendstraße 16, für den Bereich der St. Veronikakirche bei St. B. Dinger, Wölbendstraße 16, für den Bereich der St. Marienkirche bei St. B. Dinger, Wölbendstraße 16, für den Bereich der St. Michaelskirche bei St. B. Dinger, Wölbendstraße 16, abgegeben oder zur Abholung angemeldet werden.

Das Bankhaus

Veit L. Homburger, Karlsruhe

Karlstrasse 11 Telefon 36 u. 208

besorgt alle in das Bankfach einschlagenden Geschäfte.